

Stefan Bollinger

Ostrowski – Westrowski – Zentrowski? Ein Oberbürgermeister zwischen den Fronten des Kalten Krieges
Norbert Podewin, Otto Ostrowski – der gelöschte Oberbürgermeister. Ein Schicksal im Berlin des Kalten Krieges. Edition Luisenstadt. Berlin 2005, 2 Abb., 301 S.

Charakterstärke und Gradlinigkeit sind selten Empfehlungen für Parteipolitiker. Sie stören nur und machen mit einem zudem kantigen Charakter leicht Karrieren kaputt im 20. Jahrhundert, dessen Lager- und Blockdenken bis heute nachwirkt. Das mußte auch Berlins erster frei gewählter Nachkriegsoberbürgermeister, Dr. Otto Ostrowski, spüren, der nach nur 134 Tagen im Amt zum Rücktritt gezwungen wurde. Nicht durch die allmächtige, totalitäre sowjetische Militäradministration, nicht einmal direkt durch die gegen ihn intrigierende US-Militärregierung, als vielmehr durch die eigenen Genossen der SPD.

Norbert Podewin, ausgewiesener Historiker, Biograph umstrittener Persönlichkeiten der deutschen Linken wie Walter Ulbricht oder Friedrich Ebert jr., und solider Kenner der Berlingeschichte hat in Archiven zu einer verdrängten, tabuisierten Persönlichkeit der Stadt gegraben. Einer der führenden SPD-Kommunalpolitiker war nicht nur – naheliegend – in der DDR- und SED-Geschichtsschreibung unbekannt, auch in der westlichen und SPD-nahen ist er Unperson.

Ostrowski, 1883 in bescheidenen Verhältnissen geboren, sollte es einmal besser haben. Die Eltern sparen sich sein Studium vom Munde ab, und der junge Mann wendet sich den Neusprachen zu, studiert in Paris und London. Eine Arbeit zu finden, ist für den „über“qualifizierten, aus dem Rahmen fallenden Kandidaten schwer, zumal er Reformschulprojekten anhängt und bald begeisterter Fürsprecher der Montessori-Pädagogik wird. Trotzdem findet er 1909 eine Anstellung als Hilfslehrer im gutbürgerlichen Lankwitz vor den Toren Berlins. Er arbeitet sich hoch, gewinnt das Vertrauen der Schüler, bleibt aber umstritten. Politisch schwankt er, ist kriegsbegeistert, muß aber

nicht ernsthaft dienen. Dafür geht er in die Deutsche Vaterlandspartei aus dem Umfeld der Alldeutschen, eine Verirrung, wie zu vermuten steht.

Die Novemberrevolution scheint für ihn persönlich wie politisch eine Befreiung. Er will sich einmischen, Politik machen, geht in die SPD, gründet im Ort den ersten Arbeiter- und Soldaten-Rat mit, vertreibt den Bürgermeister und wird selbst erster Beamter der Stadt. Obwohl von Anfang an umstritten und keinem Streit aus dem Wege gehend, wird Ostrowski einer der profilierten Kommunalpolitiker der Weimarer Republik. Ob im brandenburgischen Finsterwalde oder ab 1926 als Stadtbezirksbürgermeister von Berlin-Prenzlauer Berg, er ist radikal, setzt sich für eine moderne Schule ebenso wie für öffentlichen Wohnungsbau ein. Er spürt die Polarisierung der Gesellschaft, in der soziale Maßregeln zu Lasten der Besitzenden wenig goutiert werden, merkt auch den Bruderkampf der linken Parteien. 1933, nach der NS-Macht ergreifung, wird er seines Amtes enthoben und eingesperrt, kommt aber rasch frei. Der Versuch, auf dem Gerichtsweg Amt und Bezüge zu verteidigen, ist ein naturgemäß aussichtsloser Rechtstreit in einem Unrechtsregime, trotz dessen Fassade. Die braunen Jahre überlebt er meist arbeitslos, mit kleinen Geschäften. Mit dem Widerstand sympathisiert er, hilft Juden, kommt aber insgesamt recht unbehelligt durch die Zeit. Seine Biographie wird dadurch getrübt, daß er sich Ende 1944 von seiner lange verlassenen jüdischen Frau trennt. Er ist wohl an ihrem Untertauchen danach beteiligt, sie hat Glück und überlebt.

Die Niederlage des Faschismus, die Befreiung, erlebt ein ungebrochener, tatendurstiger Mann, der sich schnell der SPD wieder zur Verfügung stellt. Sie braucht den unbescholtenen Kommunalpolitiker, macht ihn in Berlin-Wilmersdorf zum Stadtbezirksbürgermeister. Ostrowski begreift aber weniger als andere, wie sich die Zeiten ändern. Nicht mehr der rabiate Streit mit den Bürgerlichen oder mit anderen Linken bestimmt nun das Schicksal eines politisch Aktiven. Der Kalte Krieg zeichnet sich früh ab. Nun ist es die große Konfrontation des freiheitlichen Westens mit dem diktatorischen Osten, zwischen Demokraten und Kommunisten. So fragwürdig und entfernt von der Realität diese Etiketten, so nachdrücklich das Einfordern neuer Loyalitäten. Das merkt auch Ostrowski, der nicht den Westrowski gibt, den seine SPD-Freunde und die sich ins politische Geschäft einmischende US-amerikanische Besatzungsmacht erwarten. Er hat seine Lehren aus der Spaltung der Arbeiterbewegung gezogen, glaubt trotz aller Unterschiede an die Möglichkeit des Zusammengehens mit den Kommunisten. Er steht dem von Schumacher ausgehenden und in den Berliner Westsektoren erfolgreichen Abblocken der so-

zialistischen Einheitspartei skeptisch gegenüber, obschon er sich in die SPD-Linie des Westens fügt.

Bei den ersten Wahlen in Berlin ist er einer der Spitzenkandidaten seiner Partei, die zum Verdruß von Kommunisten und sowjetischer Besatzungsmacht haushoch siegt. Wenn auch widerwillig setzt die SPD auf ihren Verwaltungsfachmann, der im verfassungsgemäßen Allparteienmagistrat für alle Parteien und Besatzungsmächte ein annehmbarer OB-Kandidat ist. Im September 1946 wird er gewählt und ist schnell mit dem Hungerwinter 1946/47 konfrontiert. Wenig interessieren ihn die politischen Querelen, die immer sichtbarer zwischen den Siegermächten ausbrechen, und die Interessen seiner Parteifreunde. Er sucht den Kontakt mit der sowjetischen Besatzungsmacht, schließlich auch mit der von den anderen geschnittenen SED-Fraktion. Er will über den Winter kommen und jene politischen Forderungen einvernehmlich lösen, die im Westen konfrontativ behandelt werden: Die Anpassung der Besetzung der Verwaltung an die veränderten Mehrheiten. Dieses "zentristische" Verhalten, der Versuch, im Interesse der Berliner und nicht des Partei- und Blockkalküls etwas zu bewegen, bringt SPD und noch mehr US-Verwaltung in Harnisch. Im Hintergrund lauert bereits deren Wunsch Kandidat Ernst Reuter, so daß es ein für Ostrowski peinliches Tauziehen und schließlich ein Mißtrauensvotum der eigenen Partei gibt, das ihn zum Rücktritt zwingt. Eine Politik für die Berliner sollte es in der beginnenden Blockkonfrontation nicht mehr geben, sondern die bewußte Konfrontation mit Moskau. Die Antwort kam postwendend, man verwehrte dem ungeliebten einstigen KPD-Spitzenfunktionär Reuter sein Amt. Erst mit Blockade und offener Spaltung bekam der Westen den Spitzenpolitiker für den von ihm verwalteten Stadtteil.

Ostrowski blieb trotz dieser Blamage mehr oder minder treues SPD-Mitglied, ließ sich mit einem Posten am Berliner Rechnungshof abspesen, suchte über Jahr und Tag erfolglos seine Rehabilitierung, bis er 1963 starb. Er blieb als Berliner Oberbürgermeister eine Unperson für seine Partei wie für die Berlingeschichte, zwischen den Fronten Stehende mag keiner.